

## **Kleine Anfrage 828**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **KITA V - Wortlaut, Verständnis und Realität der gesetzlichen Regelungen nach § 22 a, Absatz 3 SGB VIII**

Nach dem entsprechenden § 22a des SGB VIII soll sich das Angebot an Kindertageseinrichtungen pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihren Familien orientieren. Die Träger der Öffentlichen Jugendhilfe, so heißt es im Absatz 5, sollen die Realisierung des Förderungsauftrages nach Maßgabe der Absätze 1 bis 4 in den Einrichtungen anderer Träger durch geeignete Maßnahmen sicherstellen (Grundsatz der Pluralität und Trägervielfalt).

Nunmehr ergibt sich die Situation, dass es Kommunen im Land Brandenburg gibt, die (fast) ausnahmslos alle Kindertagesstätten selbst betreiben, die gesamte Kinderbetreuung an sich ziehen und dann letztendlich auf ihrem Gemeindegebiet durchsetzen, dass in allen kommunalen Kindereinrichtungen, die die Gemeinde selbst betreibt (in Einzelfällen bis zu 90 %) ein einziges pädagogisches Konzept durchgeführt wird. Dies entspricht ganz sicher nicht dem Grundsatz der Pluralität und Trägervielfalt und kann mit Sicherheit auch nicht der Forderung des Kita-Gesetzes, sich pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Familien zu orientieren, genüge tun.

#### **Aus diesem Grunde stellt frage ich die Landesregierung:**

- 1) Erfüllt ein in einer Gemeinde einheitlich und flächendeckend durchgesetztes pädagogisches Handlungskonzept (z.B. das Konzept der sogenannten „offenen Arbeit“) in den Kindertageseinrichtungen die Forderungen des § 22 a, Absatz 3?
- 2) Wie können Eltern ihren Rechtsanspruch aus § 5 des SGB VIII, der sich auch aus § 6 Grundgesetz ableiten lässt, durchsetzen, sodass es eine Pluralität und Trägervielfalt hergestellt wird, wenn die Gemeinde das aus eigenem Antrieb heraus nicht tut?

- 3) Welche Aufsichtsbehörde können die Eltern einschalten und kontaktieren, um gegenüber einer Gemeinde ihre Rechte auf Wunsch- und Wahlrecht nach § 5 SGB VIII in Verbindung mit § 22 a Kita-Gesetz durchzusetzen?
- 4) Welche rechtlichen Möglichkeiten hat die zuständige Aufsichtsbehörde der Öffentlichen Jugendhilfe? Welche Stelle ist das überhaupt (Landesjugendamt, Ministerium)?